

## Ehemaliger Augsburger Bundestagsabgeordneter Heinz Paula: "Finger weg von der Flugplatzheide"

Auch Feldhasen sind auf der Flugplatzheide ansässig. Foto: Gunther Hasle

Der ehemalige Augsburger Bundestagsabgeordnete Heinz Paula macht sich für den Erhalt der Flugplatzheide stark. Die Hälfte der Fläche, die dem Freistaat Bayern gehört, möchte die Regierung von Schwaben nutzen, um 79 Wohnungen für mehr als 300 anerkannte Flüchtlinge zu errichten. Naturschützer sind dagegen, das Projekt an dieser Stelle umzusetzen, beherbergt die Flugplatzheide doch mehr als 80 geschützte Arten.

Paula, seit 2009 Tierschutzbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion, schreibt im Namen des Augsburger Tierschutzvereins an die Meiden. "Finger weg von der Flugplatzheide", fordert er, relativiert aber auch: "Eines sei festgestellt: Bezahlbarer Wohnraum für alle ist absolut notwendig." Dennoch hinterfragt er, ob "es aber gerechtfertigt ist, dafür ein besonders wertvolles, landesweit einzigartiges und nicht ersetzbares Habitat zu zerstören".



Er verweist dabei auch auf die Stellungnahme des bayerischen Umweltministeriums, das der Heide in der Nähe der Universität kürzlich "naturschutzfachlich einen sehr hohen Rang" bescheinigte. "Eine weitere Bebauung zerstört die Lebensgemeinschaft stark gefährdeter Arten", ist sich auch Paula sicher. Deshalb appelliert er: "Die Reste der alten Flugplatzheide müssen zwingend geschützt werden. Für das unbestritten notwendige Wohnungsbauprogramm müssen besser geeignete Standorte und Lösungen gefunden werden. Übrigens auch aus sozialer Verantwortung, denn im geplanten Gebiet gibt es zwar gute Lebensbedingungen für den Idas-Bläuling, den Feldhasen oder die Ödlandschrecke, aber keine

vernünftige Infrastruktur für Menschen."

Anstatt eines Biotops würde "mit der Bebauung ein sozialer Brennpunkt entstehen. Nachhaltige, verantwortungsbewusste Politik schafft nicht sehenden Auges Probleme, die sie dann nicht lösen kann". Der Tierschutzverein fordere die Regierung daher auf, "die Baugenehmigung nicht zu erteilen".

Bei der Regierung laufe laut Sprecher Karl-Heinz Meyer derzeit ein Zustimmungsverfahren, das prüfen soll, ob dem Vorhaben öffentlich-rechtliche Vorschriften entgegenstehen. An der Entscheidungsfindung sei laut Regierung die Stadt Augsburg beteiligt. Auch stimme man sich mit dem Umweltministerium inhaltlich ab. Der Augsburger Stadtrat hatte das Vorhaben auf der Heide mit Verweis auf mangelnde Alternativen bereits in seiner Juli-Sitzung genehmigt. (lib)